

**Rede von Oberbürgermeister Andreas Hesky zur
Einbringung des Haushaltsplans 2018 der Stadt Waiblingen
in der Sitzung des Gemeinderats am 12. Oktober 2017**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Frau Erste Bürgermeisterin Dürr,
Frau Baubürgermeisterin Priebe,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Einbringung des Haushaltsplans für das kommende Jahr ist stets ein besonderer Moment. Schließlich wird durch das Planwerk deutlich, welche kommunalpolitischen Themen angegangen werden sollen und mit welchem Budget sie finanziert sind. Damit ist der Haushaltsplan auch ein Spiegelbild des kommunalen Lebens mit seinen Herausforderungen und Chancen der Gegenwart und Zukunft.

Auch wenn der Blick vor allem nach vorn gerichtet ist, so will ich dennoch daran erinnern, unter welchen Vorzeichen der Haushaltsplan 2017 eingebracht wurde. Vor gut einem Jahr war der Haushaltserlass des Landes noch nicht veröffentlicht. Wir mussten feststellen, dass wir aus eigener Kraft unsere Ausgaben fast nicht bestreiten konnten. Händeringend suchten wir nach Möglichkeiten, um den Haushalt auszugleichen. Es bewahrheitete sich wieder, dass es alles andere als einfach ist, durch Kürzungen im Ausgabenbereich auf einen grünen Zweig zu kommen.

Im Grunde genommen ist das ein gutes Zeichen, das zeigt, dass wir keine öffentlichen Einrichtungen haben oder in größerem Umfang Freiwilligenleistungen gewähren, auf die ohne weiteres verzichtet werden könnte. Das, was in Waiblingen vorgehalten wird, wird benötigt und wird geschätzt.

Das heißt nun nicht, dass damit automatisch die Bereitschaft aller Nutzerinnen und Nutzer einhergeht, selbst einen angemessenen Kostenanteil durch Gebühren oder sonstige Entgelte zu leisten. Ich finde es bedauerlich, dass manches Mal nicht erkannt wird, dass die Bereitstellung einer öffentlichen Einrichtung oder Dienstleistung Geld kostet, das entweder vom jeweiligen Nutzer oder von allen, nämlich vom Steuerzahler aufzubringen ist. Und machen wir uns nichts vor, ohne kräftige Steuerzahler, die wir in unserer Stadt haben, könnten wir das alles nicht schultern, wie wir das tun.

Das jährliche Haushaltsplanverfahren bietet die Chance, der Bürgerschaft *einerseits* zu vermitteln, auf was ein funktionierendes Gemeinwesen aufbaut, nämlich auf einer aktiven Bürgerschaft und einer soliden Finanzierung, und *andererseits* darzustellen, wie das Geld der Steuer- und Gebührenzahler eingesetzt wird. So wird Transparenz geschaffen und informiert, um Verständnis für Entscheidungen zu wecken.

Wir haben einige Entscheidungen zu treffen und Weichenstellungen vorzunehmen, damit Waiblingen seinen guten Kurs auch in Zukunft fortsetzen kann. Das ist keine Floskel, ganz im Gegenteil. Wir stehen gut da. Das gilt im Hinblick auf unsere Finanzen ebenso wie auf unsere Infrastruktur. Wir konnten in den vergangenen Jahren in unsere öffentlichen Gebäude, Straßen und Grünflächen investieren, Sanierungen wurden begonnen und fortgesetzt, wir haben neue Einrichtungen geschaffen und es ist uns gelungen, gleichzeitig Schulden abzubauen. Das alles bei moderaten Hebesätzen für Gewerbesteuer und Grundsteuer sowie im Hinblick auf die Qualität der erbrachten Dienstleistungen zu sehr günstigen Gebühren.

Ich weiß, das sehen nicht alle so, wie die Beratungen zu den Kindergartengebühren zeigten. Das war bei den Haushaltsplanberatungen im vergangenen Jahr mit eines der beherrschenden Themen.

Es war wichtig, dass der Gemeinderat einer Erhöhung auf einen Mitfinanzierungsanteil der Eltern von 9% der Gesamtausgaben zugestimmt hat. Bevor über die weitere Gebührenerhöhung auf 10% Kostendeckungsgrad abgestimmt wird, wurde die Verwaltung beauftragt, mit dem Gesamtelternbeirat über eine neue Gebührenstruktur zu sprechen. Diese Gespräche laufen. Für ein Ergebnis ist es zu früh. Die bisherigen drei Gesprächsrunden zeigen, dass es wertvoll ist, sich zusammzusetzen und die Fakten gemeinsam zu beleuchten. Diese Aufklärungsarbeit tut gut. Was sich auch zeigt, ist, dass es keine raschen Vorschläge gibt, sondern Qualität vor Schnelligkeit gehen muss. Will sagen, wir hoffen, dass wir im Frühjahr 2018 soweit sind, um über das Ergebnis zu berichten.

Glockenklar ist, dass Waiblingen mit einem Kostendeckungsgrad von 9% *unter* oder von 10% *gerade bei* der Hälfte des Kostendeckungsgrades angelangt ist, der landesweit als Richtsatz empfohlen wird.

Waiblingen ist eine gesuchte Stadt. Die Menschen schätzen vor allem die Vielzahl und die hohe Qualität der Angebote. Kein Wunder, dass der Druck auf den Wohnungsmarkt hoch ist. Da Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, liegt es auf der Hand, dass der Preis für Eigentum und Miete ebenfalls hoch ist.

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2017 wurde beschlossen, eine Klausur zur Wohnungssituation durchzuführen. Im September dieses Jahres beschäftigte sich der Gemeinderat gemeinsam mit Vertretern der Ortschaftsräte mit der Einwohnerentwicklung und mit dem Wohnungsmarkt.

In unserer Stadt steht das Thema Wohnen schon lange auf der Agenda des kommunalen Handelns. Bereits mit dem Stadtentwicklungsplan 2020, aber auch mit seiner Fortschreibung zum STEP 2030, wurden die Weichen dafür gestellt, dass in Waiblingen weiterer Wohnraum geschaffen werden kann und wird.

Beispielsweise sei an das Waiblinger Baulandmodell erinnert. Dadurch, dass die Stadt vor einer Umlegung zunächst in das vollständige Eigentum aller Grundstücke im Umlegungsgebiet kommen muss, ist es möglich, dass neues Wohnbauland direkt nach der Umlegung auf den Markt kommt und Wohnungssuchenden zur Verfügung steht. Dieser Weg ist mühsam, aber erfolgreich und hilft Mensch und Umwelt. Denn die Natur, die für Bauland in Anspruch genommen wird, wird tatsächlich für das Wohnen genutzt und nicht als private Vorhaltefläche ohne Zugriffsmöglichkeit der Stadt bevorratet. Das hat in Hohenacker im Gebiet Bäumlesäcker funktioniert und wird sich nun auch in Bittenfeld in Berg-Bürg bewähren.

Aber das ist nicht die einzige Baulandentwicklung, denn der Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“ gilt nach wie vor. Gerade die Innenentwicklung hat es ermöglicht, einigen Wohnraum zu schaffen, genauer gesagt, durch Dritte schaffen zu lassen, auf den die Stadt durch Belegungsrechte einen gewissen Zugriff hat.

Es darf uns alle mit Zufriedenheit erfüllen, dass es uns gelingt, ein investorenfreundliches Klima zu sichern und gleichzeitig die soziale Verpflichtung von Eigentum umzusetzen. Wir tun dies durch Flexibilität und einen für das jeweilige Gebiet angemessenen Maßstab bei der Einräumung von Belegungsrechten für die Stadt, der bei 10 bis 20% der Wohnungen liegt. Dadurch kann die Stadt in den nächsten Jahren auf weitere rund 120 Wohnungen zugreifen und deren Belegung steuern – und das ohne eigenen finanziellen Aufwand.

Was waren damals eigentlich die Rahmenbedingungen, welche uns dazu brachten, uns im Stadtentwicklungsplan verstärkt dem Wohnungsmarkt zuzuwenden? Es war vor allem die Sorge, dass Waiblingen Einwohner verliert und unter 53.000 Einwohner rutscht, welche als Zielzahl im STEP genannt ist. Unsere Infrastruktur ist darauf ausgelegt. Schrumpft die Einwohnerzahl, verteilen sich die fixen Kosten auf weniger Schultern, mit der Folge, dass die oder der Einzelne mehr zu bezahlen hätte.

Damals lautete die demographische Prognose, dass nur eine verstärkte Anwerbung von jungen Familien mit Kindern die Veränderungen einer älter werdenden Gesellschaft auffangen könne. Zwischenzeitlich sind wir eines besseren belehrt.

Allerdings hat man weder 2006 noch 2013 bei der Verabschiedung der Stadtentwicklungspläne vorhersehen können, welche rasante Entwicklung die Region Stuttgart nehmen wird und welche Anziehungskraft die Betriebe und Unternehmen – in der eigenen Stadt genauso wie im Umland – entwickeln und welche Attraktivität urbanes Wohnen, wie es Waiblingen bietet, wieder gewinnt. *Rein in die Stadt*, ist der Wunsch vieler.

Waiblingen hat heute rund 56.000 Einwohner – und wir wachsen weiter. Wer nun meint, das hat vor allem etwas mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zu tun, täuscht sich. Derzeit leben rund 350 Personen in der Anschlussunterbringung, das heißt in normalem Wohnraum, und noch rund 420 Personen in Gemeinschaftsunterkünften.

Nur so nebenbei bemerkt, das haben wir alles sehr gut und alles in allem recht geräuschlos - auch dank der großen Unterstützung aus der Bürgerschaft und der Kirchengemeinden - bewältigt. Auch bewahrheitet sich, dass bei den Menschen, die wissen, dass sie bleiben dürfen, die Bereitschaft viel ausgeprägter ist, sich zu integrieren, die deutsche Sprache zu erlernen und einen Beruf zu ergreifen, um ein selbständiges Leben führen zu können.

Um nicht den Eindruck eines Gesundbetens zu erwecken, sei ergänzt, dass Integration nicht durch „Schalter umlegen“ erfolgt. Integration dauert, zeitigt auch Rückschläge, an ihr führt aber kein Weg vorbei, und sie erfordert einen langen Atem und Geduld. Die vielen in Waiblingen seit Jahren und Jahrzehnten lebenden Menschen mit Migrationshintergrund beweisen dies. Man kann auch sagen, die Ausländer von früher sind die Mitbürger von heute. Auch das gelang nicht von jetzt auf gleich.

Das Plus von rund 3.000 Einwohnern seit 2013 beruht vor allem auf Wanderungsbewegungen aus dem Umland, aus Baden-Württemberg und aus anderen Bundesländern. Und wo sind diese Neubürger untergekommen?

In der Wohnungsklausur konnte aufgezeigt werden, dass dies durch Neubaugebiete - denken Sie auch an die Untere Röte und an das Gebiet südlich der Korber Straße -, die Umnutzung von Flächen - hier sei das Gebiet der ehemaligen Mineralbrunnen AG in Beinstein genannt - oder durch Nachverdichtung gelang.

Nicht zu vergessen ist der Generationenwechsel, den Wohngebiete alle dreißig oder vierzig Jahre erleben, wie die Wasserstubensiedlung exemplarisch zeigt. Vor rund 10 Jahren litt die Wolfgang-Zacher-Schule an einem Schülerschwund, der fast an ihrem Bestand zweifeln ließ. Zwischenzeitlich sieht die Situation gänzlich anders aus, vor allem, weil Familien in frei gewordene Wohnungen und Häuser gezogen sind. Über eine Nachnutzung der Schule muss nicht nachgedacht werden. Für ihre weitere Sanierung sind Mittel eingestellt, was im Übrigen auch für die Fortsetzung der Sanierungsmaßnahmen an den anderen Schulen gilt.

Rund 4 Jahre nach der Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans können wir feststellen, ein wichtiges Ziel erreicht zu haben: Waiblingen hält nicht nur seine Bevölkerung, sondern wächst. Wir sind eine attraktive Stadt, in der es sich gut leben und arbeiten und Heimat finden lässt.

Was macht Waiblingen attraktiv für die Menschen? Das sind viele Faktoren, und die Antwort hängt auch von der jeweiligen persönlichen Lebenslage ab. Ein Jugendlicher wird eine andere Antwort haben, als junge Familien oder Senioren. Und Menschen, die auf ein gutes Kulturprogramm Wert legen, werden eine andere Antwort geben, als diejenigen, welche gerne Sport treiben oder sich in der Natur bewegen wollen.

Wenn ich bei Neubürgerempfängen die Frage stelle, warum man hierher gezogen ist, – wobei klar ist, nach Waiblingen muss man einfach ziehen wollen – höre ich genau das: „Ganz gleich, was gesucht wird, in Waiblingen wird alles geboten“.

Vor allem auch Arbeitsplätze. Auch diese ziehen Menschen an. Das ist heute nicht anders als früher. Und in unserer Region gibt es – Gott sei Dank – genügend Arbeit, weil wir erfolgreiche, im lokalen und globalen Wettbewerb bestehende Unternehmen bei uns haben. Nicht zu vergessen, wir sind ein ausgewiesener Banken-, Dienstleistungs-, Schul- und Behördenstandort.

Was uns alle umtreiben muss, ist allerdings der Mangel an Gewerbeflächen. Es muss uns ein Anliegen sein, neue Flächen auszuweisen, vor allem, um Unternehmen am Ort Expansionsmöglichkeiten zu bieten, aber auch, um neue Betriebe ansiedeln zu können. Neben der Neuausweisung wird es darum gehen, Brachen und untergenutzte Grundstücke zu aktivieren. In der Kernstadt wie in den Ortschaften, denn Flächen werden von Betrieben aus allen Bereichen nachgefragt, was ein gutes Zeichen ist.

Welche Branchen prägen unseren Standort? Natürlich ist es das Unternehmen Stihl, aber es sind auch viele weitere Betriebe, kleine wie große, oder Konzernstandorte, welche für Waiblingen wichtig sind. Nicht zu vergessen, die vielen Zulieferbetriebe für die Automobilindustrie, die für den Pulsschlag in der Region maßgeblich verantwortlich ist.

Ich möchte mir als Kommunalpolitiker nicht anmaßen, es besser zu wissen als die Lenker der Unternehmen. Und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass es unsere Automobilindustrie verschlafen hat, sich auf verändertes Kundenverhalten oder eine technische Revolution, die im Elektroantrieb zu sehen ist, vorzubereiten. Nun wird es aber darauf ankommen, dass Fahrzeuge angeboten werden, die der Markt braucht und kauft.

Dabei hat die Zukunft der Elektrofahrzeuge erst begonnen, wie auf unseren Straßen und auch beim Blick in den städtischen Betriebshof zu erkennen ist. Wir rüsten bei der Stadt auf Elektroantrieb um, wenn möglich. Auch als Vorbild für andere Unternehmen oder Privathaushalte.

An die Grenzen stößt man allerdings, wenn man ein Fahrzeug sucht, das einen Anhänger ziehen soll, oder wenn es um Nutzfahrzeuge, wie eine elektrisch betriebene Straßenkehrmaschine geht, und leider ist auch der Elektrobuss in der Innenstadt nach wie vor ein Ziel, das bisher an den Hürden der Betriebssicherheit oder am Rhythmus der Ausschreibungen der Buslinien hängen bleibt. Hier ist noch einiges zu tun – nicht durch die Stadt, sie kann hier nur Impulse geben - sondern durch Dritte.

Vermutlich werden wir den Verbrennungsmotor noch eine ganze Weile benötigen, um alle Mobilitäts- und Antriebsbedürfnisse erfüllen zu können, was bedeutet, dass den Unternehmen Jahre bevorstehen, in denen es heißt: Sowohl Verbrenner als auch Elektroantrieb. Das wird nicht einfach sein und muss uns als Stadt anspornen, diesen Wandel mit zu begleiten, wo möglich.

Dazu gehört der Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur, die enorme Fortschritte gemacht hat und weiter fortgesetzt wird, auch in den Ortschaften, und um Schnellladesäulen ergänzt wird. Das ist vor allem ein Thema für unsere Stadtwerke, denen es Schritt für Schritt auch gelingt, dies zu einem Geschäftsfeld zu entwickeln.

Auch unser kommunales Handeln müssen wir auf die künftigen Herausforderungen ausrichten. Wenn in absehbarer Zukunft das Elektrofahrzeug zu Hause über Nacht aufgeladen wird und es in einer Straße nicht nur ein oder zwei Fahrzeuge, sondern in *jedem* Haushalt ein Fahrzeug gibt, dann heißt das, die Leitungsnetze darauf auszurichten, sie vor allem intelligent zu machen und das Laden und den privaten Stromverbrauch im Haushalt aufeinander abzustimmen. Das Zauberwort der Zukunft heißt daher: Digitalisierung!

Ohne vernetzte Steuerung wird es künftig schwer werden oder nicht mehr gehen. Das gilt für Elektromobilität genauso, wie für das Parkraummanagement, den Straßenverkehr, eine intelligente Straßenbeleuchtung oder die weitere Digitalisierung von Dienstleistungen, die so manchen Behördengang entbehrlich machen.

Es ist unschwer zu prophezeien, dass dies mit Veränderungen einhergeht. Ob man diese gut heißt oder ablehnt, auch aus Sorge, was mit den vielen Daten geschieht, die von Sensoren erfasst der von jedem Einzelnen zur Verfügung gestellt werden, sei dahingestellt. Fakt ist, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen und es besser ist, diese Veränderungen mitzugestalten, anstatt sie zu verschlafen oder sie nur über sich ergehen zu lassen.

Waiblingen ist eine aktive Stadt. Daher habe ich eine Arbeitsgruppe „Digitalisierung“ eingesetzt, die sich mit den vielen Facetten dieses Themas auseinandersetzen wird und wichtige Impulse auf dem Weg zur Smart City geben soll. Das Ziel ist bekannt. Wie wir es erreichen, ist noch offen. Daher brauchen wir einen Fahrplan, eine Roadmap oder einen Masterplan Digitalisierung, um den Waiblinger Weg, den wir auch hier beschreiten wollen, zu erarbeiten.

Es gibt dafür keine kommunale Blaupause. Jede Stadt arbeitet vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen kommunalen Besonderheiten - denken Sie nur daran, nicht alle Städte sind wie wir mit Stadtwerken gesegnet, die zu 100% der Kommune gehören. Auch ist der Dialog mit den Unternehmen am Ort zu suchen, die sich dieser neuen Herausforderung ebenso stellen und Wünsche und Bedarfe haben, die wir kennen müssen.

Digitalisierung ist keine Aufgabe, die sich nebenher erledigt, und jedes Mitglied der Arbeitsgruppe ist schon durch seine bisherigen Aufgaben sehr gut ausgelastet. Um die notwendige Aufmerksamkeit für dieses unsere Zukunft sichernde Thema zu erreichen, ist im Stellenplan eine neue Stelle für eine Person ausgewiesen, die sich darum kümmern soll, Grundlagenarbeit zu leisten, zu koordinieren und den Waiblinger Weg der Digitalisierung zu finden. Ich betrachte dies als Chefsache, da alle Bereiche des kommunalen Handelns einzubeziehen sind, genauso auch die Stadtwerke und die WTM GmbH.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein, sondern sie soll helfen, um unser Zusammenleben, Wohnen, Arbeit, Mobilität, Einkauf, Ehrenamt, Kultur und Sport zu erleichtern und zu verbessern. Aber trotz aller Digitalisierung wird die Stadt ein analoger Ort bleiben, eine Stadt, in der sich Menschen persönlich begegnen, nicht nur am Telefon oder Smartphone oder am Bildtelefon.

Ich bin froh, dass die Prognose „das Bildtelefon ist das Ende der Dienstreise“ nicht eingetroffen ist – und der Grundsatz „Reisen bildet“ sich nach wie vor bewahrheitet. Davon profitiert auch Waiblingen, wenn Sie an die vielen Stadtführungen denken, oder auch an Reisende, die geschäftlich oder als Touristen bei uns sind, und für die ein neues Hotel im nächsten Jahr geöffnet werden wird.

Waiblingen ist viel zu schön, um es nur über eine Webcam zu erleben, die den Marktplatz zeigt oder die Talaue. Dennoch brauchen wir solche Webcams, um Menschen Appetit zu machen, hierher zu kommen, um unsere Stadt hautnah und real zu erleben. Und es wird sich auch im nächsten Jahr wieder vieles tun, was unsere Stadt noch attraktiver und sehens- und erlebenswerter macht.

Lassen Sie mich auf die Talaue eingehen. Ich habe den Eindruck, dass die Remstalgartenschau 2019 in Waiblingen angekommen ist. Die Beratungen und auch kontroversen Diskussionen im vergangenen Jahr haben Kraft gekostet. Das will ich nicht verhehlen. Das, was nun entsteht, im Entstehen ist oder schon entstanden ist, war aber auch alle Mühen wert.

Das konnte man in schönster Art bei der Einweihung der Remsterrassen sehen. Die Rems floss schon immer an der Erleninsel vorbei. Doch nun ist sie erlebbar, man spürt noch mehr, dass wir eine Stadt am Fluss sind, der auch mitten durch die Stadt fließt. Das alles zeichnet uns aus. Die Menschen erfreuen sich an diesen Veränderungen und gerne zitiere ich eine Mitbürgerin, die bei dieser Einweihung sagte: „Die Talaue ist mein Wohnzimmer. Jetzt ist es noch schöner!“

Die Beschlüsse für unsere investiven Beiträge zur Remstalgartenschau sind gefasst, im Haushaltsplanentwurf sind die notwendigen Mittel eingestellt. Der seit Oktober 2016 gesetzte Kostenrahmen wird gehalten, so manche Einsparung konnte erreicht werden, ohne die Qualität der Projekte zu beeinträchtigen. Auch die einkalkulierten oder zugesagten Zuweisungen, Spenden und Zuschüsse fließen, wie vorgesehen.

Neu aufgenommen ist eine Baurate für den Minigolfplatz, dessen Umgestaltung auf einen Haushaltsantrag aus dem Gemeinderat aus 2017 zurückgeht. Im Minigolfplatz steckt Potential, wenn man seine Lage zwischen Hallenbad und Alvarium betrachtet. Um es zu nutzen, bedarf es mehr als ein Säubern der Bahnen und einen Rückschnitt des Grüns. Ein moderner Minigolfplatz benötigt eine attraktive Anlage sowie eine passende Infrastruktur. Das ist mit den beantragten Mitteln möglich. Vielleicht gründet sich dann auch ein Minigolfverein.

Nun heißt es, das Gartenschaujahr 2019 konkret anzugehen und die im Juni dieses Jahres in den Ausschüssen gezeigten Planungen für Veranstaltungen und für bürgerschaftliche Projekte umzusetzen. Das wird nicht zum Nulltarif möglich und auch mit der Stammmannschaft nicht zu leisten sein.

Noch können die genauen Kosten des Veranstaltungsjahres nicht genannt werden. Klar ist, dass wir keine Heimattage 2.0 feiern werden, sondern uns in den interkommunalen Reigen einfügen. Schwerpunkte werden die beiden Highlight Wochen im Juni und Oktober sein und die zentrale Abschlussveranstaltung, die in Waiblingen durchgeführt wird.

Wir werden nicht der Versuchung erliegen, wie es bei anderen Gartenschauen üblich ist, tagtäglich für Besuchergruppen ein Programm zu bieten. Vielleicht macht das die eine oder andere Kommune, die schon vor ein paar Jahren eine Gartenschau hatte und alle Zäune und Kassenhäuschen aufgestellt ließ. Da werden wir darüber stehen und auch in keinen Wettstreit um Besucherzahlen einsteigen.

Wir haben uns richtigerweise dafür entschieden, keine Bereiche einzuzäunen und keinen Eintritt in die Talaue zu verlangen. Das und unsere eigene sowie die interkommunale Strahlkraft wird Besucherinnen und Besucher zu uns führen.

Die Gartenschau ist auch eine perfekte Chance für das Binnenmarketing, also dafür, dass die Bevölkerung ihre eigene Stadt neu entdeckt und noch mehr lieben und schätzen lernt und diese Botschaft dann authentisch nach außen trägt. Das haben die Heimattage 2014 in wunderbarer Weise gezeigt.

Um die Stadt noch schöner und noch gepflegter erscheinen zu lassen, werden wir im nächsten Jahr schon erste Pflanzungen, denken Sie an die Ortseingänge oder Begleitgrün an den Radwegen, vornehmen, damit diese dann 2019 in voller Pracht zu sehen sind. Dafür sind Mittel im Haushaltsplan eingestellt. Ebenso sind befristet für die Gartenschau im Stellenplan zwei weitere Stellen im Betriebshof ausgewiesen und zwei Stellen im Fachbereich Kultur und Sport für die Veranstaltungen.

Am 23. Oktober 2017 wird die nächste Phase der Bürgerbeteiligung an den Start gehen, bei der es nun um die konkrete Umsetzung des Programms und der vielen Vorschläge aus der Bürgerschaft selbst geht. Dabei werden wir auf die guten Erfahrungen aus dem Heimattagejahr zurückgreifen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf ist es möglich, die Herausforderungen zu Chancen für unsere Stadt zu machen. Gleichzeitig sind die bisherigen Aufgaben solide finanziert. Von Anhebungen der Hebesätze der Grundsteuer und der Gewerbesteuer kann abgesehen werden. Eine Senkung ist aber auch nicht möglich. Der Gewerbesteueransatz beläuft sich im Jahr 2018 wie in diesem Jahr auf 53 Mio. Euro, eine weiterhin gute Konjunktur unterstlegend.

Aufgrund der hohen Einnahmen in 2016 steigt unsere Steuerkraftsumme erneut, was uns weiterhin den Spitzenplatz der Kreisumlagezahler sichert. Ich will nun nicht nur über die Kreisumlage jammern, was eines jeden Schultes' Pflicht ist.

Natürlich schmerzt jeder Euro, der nicht in der eigenen Stadt ausgegeben werden kann, weil er anderen überwiesen wird. Aber zwei Bemerkungen sind mir wichtig:

Erstens: Ich gehe nicht davon aus, dass der Landkreis bei seinem heutigen Kreisumlagehebesatz bleibt, sondern dass die Mehreinnahmen aus gesteigerter Steuerkraft je zur Hälfte den Kommunen und dem Kreis überlassen werden. Da ist aber noch mehr drin, wenn man an die hervorragenden Ergebnisse des Kreishaushalts der Jahre 2016 und 2017 denkt. Was als „auf Kante genäht“ dem Kreistag und den Kommunen verkauft wurde, erweist sich als luftige großgeschnittene XXL-Kleidung. In diesem Sinne bitte ich auch die anderen Waiblinger Kreistagsmitglieder um Ihr Werben in Ihren Fraktionen.

Zweitens: Es ist nicht so, dass die Kreisumlage nicht auch ihr Gutes in Waiblingen tut. Es ist anzuerkennen, dass der Landrat eine gute und tragfähige Abstimmung mit seiner Kreisstadt sucht. Die Neubebauung des Krankenhausareals wird sich sehen lassen können. Und wenn es nun darum geht, das Landratsamt zu sanieren und die Entwicklung in der Rötestraße/Mayenner Straße voranzubringen, wird der Eindruck erweckt, dass die Bedürfnisse und Vorstellungen der Stadt gesehen und berücksichtigt werden. Daher wäre für mich die Überschrift zur Kreisumlage eher der Satz: „Es ist wie so oft im Leben, ein Geben und Nehmen“.

Als Regionalrat will ich darauf hinweisen, dass die Umlage an den Verband Region Stuttgart gerade einmal bei knapp 385.000 Euro liegt, wobei wir uns einig sind, das muss nicht mehr werden.

Der größte Ausgabeposten im städtischen Haushalt sind auch 2018 die Personalausgaben. Die Erhöhungen gegenüber den Vorjahren resultieren aus Tarifsteigerungen und Stellenschaffungen. Dabei liegt der Schwerpunkt weiterhin im Bereich der Kindertagesstätten.

Und dieser Schwerpunkt im Kita-Bereich findet sich genauso im gesamten Haushaltsplan. Kinderbetreuung ist wichtig. Waiblingen kann mit Fug und Recht sagen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist. Für die Kinderbetreuung in der Tagesstätte und in der Ganztagsbetreuung an Schulen werden wir – unter Berücksichtigung der Zuschüsse und Gebühren - im nächsten Jahr rund 20 Mio. Euro ausgeben, welche die Stadt aus allgemeinen Haushaltsmitteln aufzubringen hat. Tendenz in den nächsten Jahren weiterhin steigend. Investitionen oder Investitionszuschüsse an Dritte sind darin noch gar nicht enthalten.

Hinzu kommt, dass die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen auch in den kommenden Jahren zu Lasten der Stadt weiter auseinandergeht - wie schon in der Vergangenheit - weil die Einnahmen nicht in gleichem Maße steigen, wie es die Ausgaben tun.

Das Land belohnt nicht den Bau von Kita-Plätzen. Je mehr Plätze die Kommunen schaffen, desto geringer wird der prozentuale Anteil der Landesförderung, weil der Gesamtförderbetrag seit Jahren eingefroren ist. Anders herum würde ein Schuh daraus.

So entsteht jedoch für Waiblingen die Situation, dass der Aufwand für Kinderbetreuung – so sehr ich das für sinnvoll und gut eingesetztes Geld halte – unseren kommunalen Haushalt dominiert.

Machen wir uns bewusst, dass es nicht nur *eine* Art von Infrastruktur gibt, welche eine Stadt auszeichnet oder profiliert, sondern dass es das große Ganze ist, das Gesamtbild und nicht der einzelne Mosaikstein.

Das soll nicht heißen, auf profilgebende Schwerpunkte zu verzichten, aber es wäre zu kurz gesprungen, wenn wir das eine tun und das andere lassen müssten. Schließlich soll Waiblingen für *alle* attraktiv sein und seine Generationengerechtigkeit darin zeigen, dass sich Menschen jeden Alters und in jeder Lebenslage in der Stadt wohl und angenommen fühlen.

Das muss sich auch im Haushaltsplan widerspiegeln, in laufenden Ausgaben genauso wie in Investitionen. Beim Blick in den Plan zeigt sich allerdings, dass das eher ein „Frommer Wunsch“ als Realität ist. Aber auch andere Bereiche des kommunalen Lebens bedürfen der Aufmerksamkeit, weil wir ansonsten in eine Schieflage kommen und an Attraktivität verlieren würden.

In unserer Stadt wurde noch keine Kita *nicht* gebaut, die als notwendig angesehen wurde. Die Kinderzahlen erreichen derzeit Höchststände, die nicht zu erwarten waren. Dennoch können wir ein quantitativ und qualitativ hohes Betreuungsangebot machen, das auf die Nachfrage der Eltern eingeht, und das alles in Trägervielfalt.

Und das Betreuungsangebot endet nicht an der Kita, sondern geht in gleicher Qualität und gleichem Umfang in der Schule weiter, was uns ebenso deutlich von anderen Kommunen unterscheidet.

Im Zusammenhang mit Kita und Schule will ich auch den Schulsport mit ansprechen. Auch hier haben wir in den zurückliegenden Jahren unsere Hausaufgaben gemacht. Unsere Schulturnhallen und die für den Schulsport genutzten Sporthallen können sich sehen lassen. Mit dem Anbau an die Gemeindehalle Bittenfeld und deren Sanierung sowie mit der Sanierung der Rundsporthalle sind wir wichtige Schritte vorangekommen.

Eine offene Flanke im Sport haben wir an der Rinnenäckerschule. Die bestehende Turnhalle, die gut in Schuss ist, verdient leider die Note „nicht mehr ausreichend“, weil die Nachfrage nach mehr Sportangeboten, gerade auch durch den Ganztagsbetrieb, gestiegen ist.

Mit dem Bau des weiteren viergruppigen Kindergartens in Waiblingen Süd, gemeinsam mit Wohnungen, in Kombination mit der neuen Turnhalle, kann eine wichtige Lücke geschlossen werden. Gleichzeitig würde der städtebauliche Gedanke, durch diese Bebauung entlang der Jesistraße die Rinnenäckersiedlung mit der Karcher- und Wasserturmsiedlung zu verbinden, weiter verfolgt. Im Haushaltsplanentwurf sind die notwendigen Mittel für die Planung eingestellt.

Ich weiß, dass in dieser Aufzählung das Bürgerhaus an der Jesistraße nicht enthalten ist. Aus meiner Haltung habe ich aber noch nie einen Hehl gemacht und plädiere dafür, die sich erst seit 2015 bietende Chance zu ergreifen, das Martin-Luther-Haus als Bürgerhaus mitnutzen zu können. Ja, es ist ein Kompromiss, aber ein guter. Der Danziger Platz würde gestärkt, die Mitte von Waiblingen Süd aufgewertet. Das Martin-Luther-Haus erweitert das Angebot im Stadtteil und schafft so einen Ort der Begegnung und der Kultur, an dem ehrenamtliches Engagement ermöglicht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ehrenamtliches Engagement zu unterstützen, ist uns allen ein wichtiges Anliegen. Nicht erst durch den Brand im Bürgerzentrum ist uns bewusst geworden, was wir an unserer Feuerwehr haben. Motiviert, kompetent, einsatzbereit, zur Stelle, wenn sie gebraucht wird. Und das alles im Ehrenamt. Bei jeder Hauptversammlung betone ich im Grußwort, wie wichtig es dem Gemeinderat, der Verwaltung und mir ist, die Feuerwehr so auszustatten, dass die Männer und Frauen ihren Dienst sicher tun können.

Bisher ist der Feuerwehrbedarfsplan aus dem Jahr 2000 mit Fortschreibung aus 2004 *das Werk*, auf dessen Basis dies erfolgt. Es war an der Zeit, den Plan insgesamt erneut fortzuschreiben und auch auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen einzugehen. Dazu gehört auch, dass es nicht mehr – wie früher – üblich ist, seinen Arbeitsplatz am Ort zu haben, oder bei jedem Alarm den Arbeitsplatz verlassen zu können. Das führt dazu, dass gerade in den Tagstunden die Einsatzfähigkeit manches Mal eingeschränkt ist. Darauf reagieren wir mit der Ausweisung von Stellen im Fachbereich Bürgerdienste, Brand- und Bevölkerungsschutz. Im Haushaltsplanentwurf sind weitere zwei Stellen vorgesehen, die sich aus der Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans ergeben. Dieser wird Ihnen im November 2017 öffentlich vorgestellt.

Damit sind wir aber nach wie vor weit von einer hauptamtlichen Wehr entfernt. Durch diese Stellen können wir jedoch auf der einen Seite wichtige Verwaltungsaufgaben erledigen, die bisher an der Feuerwehrführung hingen und die so entlastet werden kann, und auf der anderen Seite haben wir dadurch gewährleistet, dass stets ein Fahrzeug rasch besetzt werden kann, um die Hilfsfristen einzuhalten.

Daneben zeigt die Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes auf, was zu vermuten war: In der Kernstadt ist die räumliche Situation, im und vor dem Feuerwehrhaus, an ihre Grenzen gekommen, oder hat sie schon überschritten. Im Haushaltsplan finden Sie eine Planungsrate, mit der eine Standortuntersuchung durchgeführt werden soll, die auch die Leitstelle des Kreises und den Bedarf der Rettungswache des DRK Kreisverbandes mit einbezieht.

Mehr Platz benötigt auch die Verwaltung. Leider ist es nicht möglich, noch mehr im Rathaus zusammenzurücken. Unser Rathaus stammt aus dem Jahr 1959 und wurde 2000 saniert und geringfügig erweitert. Seitdem sind neue Fachbereiche hinzugekommen und andere gewachsen.

Das Rathaus zu erweitern ist nicht möglich. Daher müssen andere Wege gefunden werden, die auch einen weiteren Verwaltungsstandort nicht ausschließen. Dieser könnte im Dachgeschoß des Familienzentrums KARO sein. Das Dach wurde bei der Einrichtung des Familienzentrums von Seiten der Gebäudeinfrastruktur so vorbereitet, dass eine Nutzung, sogar barrierefrei, möglich wäre. Eine Planungsrate ist dafür eingestellt.

Und – damit sich der Kreis schließt - sollte die Digitalisierung in ferner oder naher Zukunft so manchen Behördengang erübrigen, dann ist das Dachgeschoss im KARO für viele andere Nutzungen ein gern gesuchter Raum, der sicher keinen Leerstand hat, weil er nicht virtuell und digital, sondern analog und real genutzt würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Ihnen vorliegende Haushaltsplan sieht im Ergebnishaushalt ein ordentliches Ergebnis von minus 13,4 Mio. Euro vor. Die Abschreibungen mit rund 8,65 Mio. Euro werden auch in 2018 nicht erwirtschaftet. Ein hartes Stück Arbeit bleibt uns noch bis 2020.

An Investitionen sind rund 23,9 Mio. Euro vorgesehen, die zum überwiegenden Teil aus eigener Kraft finanziert werden können. Ein – hoffentlich nur theoretischer – Kreditbedarf in Höhe von ca. 7,4 Mio. Euro ist veranschlagt. Ob dieser tatsächlich benötigt wird, wird sich im Laufe des Jahres 2018 weisen.

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2018 wird die bisherige generationengerechte Finanzpolitik fortgesetzt und ein sparsamer und wirtschaftlicher Umgang mit öffentlichen Geldern gewährleistet. Allen Steuern-, Gebühren- und Beitragszahlern, den Nutzern der öffentlichen Einrichtungen und allen, die sich in unserer Stadt aktiv einbringen, sei ein herzliches Wort des Dankes gesagt.

Ihnen und uns wünsche ich gute Haushaltsberatungen. Ihren Stellungnahmen in der nächsten Sitzung des Gemeinderates sehe ich mit Interesse entgegen.